

Prof. Dr. Gerald Linke und Dr. Wolf Merkel eröffnen am ersten Veranstaltungstag gemeinsam die gat | wat 2021.



Quelle: DVGW/Nicolas Det

Nachbericht zur gat | wat 2021: **Positive Signale aus Berlin**

Der rasant ablaufende Klimawandel bedingt eine Transformation der Infrastrukturen sowohl in der Energie- als auch der Wasserversorgung. Auf der vergangenen gat | wat standen im November 2021 in Köln vor diesem Hintergrund die Steigerung der Resilienz der öffentlichen Wasserversorgung angesichts spürbarer Klimaveränderungen ebenso im Mittelpunkt der Diskussion wie die Energieversorgung auf Basis dekarbonisierter Gase. Eine besondere Dynamik erfuhren die Veranstaltungen dabei durch den Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP, der am ersten Tag der Branchenveranstaltung in Berlin vorgestellt wurde.

Die ersten Zeichen der neuen Regierungskoalition fanden auf der Veranstaltung positive Resonanz. Der DVGW-Vorstand Wasser, Dr. Wolf Merkel, erwähnte in einer entsprechenden Stellungnahme u. a. die Absicht der neuen Regierung, die zusammen mit den Ländern getragene Nationale Wasserstrategie mit dem Ziel eines integrierten Wassermanagements umzusetzen. „Das angekündigte Gesetzesvorhaben für eine Klimaanpassungsstrategie ist notwendig, um

Wasserinfrastrukturen zukunftssicher planen und errichten zu können. Dies wäre ein wichtiger Schritt in Richtung Klimaresilienz der Trinkwasserversorgung“, so Merkel.

Thema in Köln war auch die neue EU-Trinkwasserrichtlinie, die spätestens im Januar 2023 in deutsches Recht überführt werden muss. Für das 1. Halbjahr 2022 wird hier der Referentenentwurf der Trinkwasserverordnung erwartet. Ziel des DVGW sei es in

diesem Kontext, für die Wasserversorgungsunternehmen eine praxistaugliche Umsetzung der neuen Qualitätsanforderungen zu gewährleisten, erläuterte Merkel die Strategie. Dabei sollten so wenig Schadstoffe wie möglich in die Trinkwasserressourcen eingetragen werden. Stoffe mit einem Risiko für die menschliche Gesundheit, wie z. B. die Stoffgruppe der per- und polyfluorierten Alkylverbindungen (PFAS), sollten zudem zukünftig keine Zulassung mehr bekommen.



Quelle: DVGW/Nicolas Det

Einig waren sich die Expertinnen und Experten in Köln, dass der Klimawandel mit seinen ausgeprägten Wetterextremen wie Hitze, Dürrephasen, Starkregen und Hochwasser einen besonderen Handlungsbedarf impliziert. Die Folge sind eine Zunahme der Investitionen etwa in größere Speicher oder Verbundleitungen. Notwendig sind aber auch genauere Prognose-Werkzeuge, um künftig frühzeitig auf Wasserstress-Situationen im Zusammenhang mit Hitze und Dürre reagieren zu können.

Prof. Dr. Martin Grambow, Abteilungsleiter Wasser und Boden im bayerischen Umweltministerium, gab auf der wat zu bedenken, dass der Klimawandel nicht die einzige Herausfor-

Die Vorträge und Podiumsdiskussionen wurden live im Internet gestreamt.

Untermalt von einem abwechslungsreichen Rahmenprogramm, bot die Abendveranstaltung am ersten Tag der gat | wat ausreichend Gelegenheit zum Netzwerken.



Quelle: DVGW/Nicolas Det

Durch die konsequente Umsetzung des 2G+-Konzepts waren persönliche Begegnungen und der Austausch von Angesicht zu Angesicht möglich.

derung sei, der sich die Wasserwirtschaft gegenübergestellt sieht. Auch die Veränderungen der Landschaft u. a. mit einer fortschreitenden Versiegelung zählten dazu. Keiner der Effekte sei neu, aber das Zusammenwirken von großskaligen Veränderungen gäbe Grund zur Sorge. Jetzt gelte es, genau zu beobachten, welche Veränderung welche Effekte verursache, so Prof. Grambow, der die Wasserwirtschaft vor tiefgreifenden Veränderungen sieht.



Quelle: DVGW/Nicolas Det

Auch in den Augen von Wolf Merkel wirft der Klimawandel ein Brennglas auf problematische Fragestellungen: Wichtig sei es jetzt, ein überzeugendes Zukunftskonzept vorzulegen und dabei auch die Bevölkerung mitzunehmen. Konsens

herrschte bei den Expertinnen und Experten darüber, dass man bei den Anpassungsstrategien schneller werden müsse. Dabei seien beispielsweise auch Entscheidungen gegen Widerstände zu treffen, sagte Dr. Jörg Wagner, Leiter der Unterabteilung Wasserwirtschaft im Bundesumweltministerium.

„Unmissverständliches Bekenntnis zur Wasserstoffwirtschaft“

Nicht weniger umfassend werden die Transformationsprozesse in der Energiewirtschaft sein. Auch hier stimmten die ersten, während der Tag aus der Hauptstadt empfangenen Signale positiv. „Das Papier ist ein unmissverständliches Bekenntnis, mit der Gaswirtschaft den Weg in eine Wasserstoffwirtschaft zu beschreiten“, sagte Prof. Dr. Gerald Linke mit Blick auf den parallel zur Veranstaltung vorgestellten Koalitionsvertrag. Es komme nun darauf an, dass aus den vielversprechenden politischen Absichtserklärungen der Ampelparteien in den nächsten Jahren konkrete Gesetze werden, fordert der DVGW-Vorstandsvorsitzende. Dabei sei die Gasbranche bereits in Vorleistung gegangen und habe konkrete Dekarbonisierungspfade aufgezeigt.

„Wir müssen sehr deutlich die Rolle von Gas in der Energiewirtschaft positionieren“, sagte die BDEW-Präsidentin Dr. Marie Luise Wolff auf der Tagung. Dabei sollte die neue Bundesregierung auch davon abgehalten werden, bestimmte Wege bei der Dekarbonisierung zu schnell zuzumachen. Wolff geht davon aus, dass von der Gaswirtschaft belastbare Aussagen zur Rolle von Gasen in den kommenden zehn Jahren und darüber hinaus erwartet werden. Bereits in den kommenden Monaten würden Fragen zur Wasserstoff-Startinfrastruktur beantwortet werden müssen, prognostiziert die BDEW-Präsidentin. Exemplarisch schlug Wolff vor, die Rolle der H₂-Readiness von Erzeugungs- oder Infrastruktureinrichtungen anhand sinnvoller Beispiele zu erläutern. Zu beantwortende Fragen in diesem Zusammenhang lauteten: Was wird noch benötigt und was liegt schon vor?

Im Gegenzug dürfe man von der Politik jedoch einen handhabbaren Regulierungsrahmen erwarten, so Wolff – und dies gemeinsam für Erdgas und Wasserstoff. Dies sei u. a. auch deshalb von Bedeutung, da man die CO₂-Einspar-effekte von Erdgas und Wasserstoff mindestens für die aktuelle Dekade gemeinsam betrachten müsse.

Nicht zu früh einengen und festlegen

Der DVGW-Präsident Michael Riechel äußerte in Köln die Sorge, dass sich die Politik bei der Farbenlehre des Wasserstoffs zu sehr auf die grüne Variante festlegt. „Wir dürfen uns nicht zu früh einengen“, forderte Riechel mit Blick auf das für die Klimaneutralität festgelegte Zieljahr 2045; das sei im Maßstab der Energiewirtschaft ein überschaubarer Zeitraum. Auch der DVGW-Präsident sieht die Branche in der Bringschuld nachzuweisen, dass die Umrüstung auf Wasserstoff aus Infrastrukturgesichtspunkten machbar sei. Hier gelte es, Verunsicherungen in der Bevölkerung erst gar nicht aufkommen zu lassen.

Auch bei den Anwendungsgebieten fordert Riechel Offenheit ein. Unbestritten sei, dass die Industrie und der Schwerlastverkehr Adressaten für den Einsatz von Wasserstoff sind. Aber auch der Wärmesektor müsse bis spätestens im Jahr 2045 klimaneutral sein. „Hier darf es keine Priorisierungen vonseiten der Politik geben“, machte der DVGW-Präsident deutlich.

Beimischung von Wasserstoff als Übergangstechnologie

Nach der Einschätzung von Andreas Feicht, der als Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) für Energiepolitik zuständig ist, wird Wasserstoff im Wärmemarkt dann eine Rolle spielen, wenn gebäudeseitig sichergestellt wird, dass jeder Endverbraucher mit Wasserstoff versorgt werden kann. Die Beimischung sieht Feicht lediglich als Übergangstechnologie. Die Farben-

lehre des Wasserstoffs aus Sicht der Bundesregierung erläuterte er so: Bei der Förderung der Erzeugung konzentriere man sich zwar auf grünen Wasserstoff, beim Transport und der Verwendung sei man jedoch „farbenblind“; diese seien folglich nicht an eine Farbenlehre geknüpft.

Für die einzelnen Wasserstoffarten (von grün bis grau) soll es nach der Einschätzung von Feicht ein Zertifizierungssystem geben: „Wir brauchen eine saubere fachliche Definition der H₂-Erzeugungstechnologien“, so der Staatssekretär in Köln. Damit hätten die Verbraucherinnen und Verbraucher ein System an der Hand, über das sie die jeweiligen Klimawirkungen abschätzen könnten.

Bei den Importoptionen von grünem Wasserstoff geht Feicht optimistisch davon aus, dass Europa „deutlich schneller und in größeren Mengen“ grünen Wasserstoff erhalten könne als bislang gedacht. Dies schaffe Flexibilität auch für die deutsche Gesetzgebung, so Feicht. Auch die Chancen von türkischem Wasserstoff schätzt der Staatssekretär als „sehr vielversprechend“ ein. Hier komme es insbesondere darauf an, Geschäftsmodelle für den abgetrennten Kohlenstoff zu entwickeln.

Grundsätzlich stellte Feicht seine Sicht der Dinge hinsichtlich des künftigen Energiesystems folgendermaßen dar: Die Elektrifizierung werde sowohl auf der Erzeugungs- als auch auf der Verwendungsseite „deutlich zunehmen“. Das Problem der erneuerbaren Energien auf der Stromseite sei jedoch die geringe Energiedichte. „Deshalb brauchen wir Moleküle“, betonte der BMWi-Staatssekretär auf der Tagung. Hier müsse man den mit dem bestehenden Gasnetz vorhandenen Schatz nutzen.

Der DVGW wird den Austausch mit der Politik zum Beitrag der Gaswirtschaft auf dem Weg in eine dekarbonisierte Energieversorgung in verschiedenen Dialogformaten 2022 fortsetzen. Die nächste Tagung ist für den 18. und 19. Oktober 2022 in Berlin geplant. ■